

THÜRINGEN

BLÄTTER ZUR LANDESKUNDE

Mitte der 70er-Jahre rückten Bauarbeiter im Schleizer Oberland, einem dichten Waldgebiet im Südosten Thüringens, an. Am Rande der Plothener Teiche begannen sie, eine gigantische Schweinemastanlage zu errichten. Die Anlage sollte eine der Größten der Welt werden. 70 Hektar Wald holzten die Bauarbeiter dafür ab. Sie errichteten Ställe, Straßen, ein Heizwerk, Verwaltungsgebäude und einen Kindergarten. Der Standort der Mastanlage war aus Sicht der Betreiber gut gewählt: Die Ställe lagen



*Der Schornstein der Schweinemastanlage wurde zum „Wahrzeichen“
(Foto: Herbert Howe)*

unweit der wichtigen Autobahn Berlin – München, die Grenze zur Bundesrepublik war nicht fern – also ideale Bedingungen für den Export von Schweinefleisch und damit zum Erwirtschaften der dringend benötigten Devisen. Diese brauchte die DDR, um auf dem Weltmarkt Rohstoffe, Maschinen und Konsumgüter einkaufen zu können. Massentierhaltung erschien der Staatsführung als ein Weg, um relativ kostengünstig das Devisenproblem zu verkleinern. Denn es gab nicht viele Produkte, mit denen die

Industrielle Tierproduktion bei Neustadt an der Orla (1978–1991)

DDR im westlichen Ausland Geld verdienen konnte. Somit war die Aufgabe der Mastanlage klar definiert: Sie sollte möglichst in großen Mengen Billigfleisch für den Westen liefern.

Die Massentierhaltung versprach viele Vorteile: Durch eine hohe Mechanisierung war eine hohe Produktivität

möglich. Durch die systematische Besamung der Sauen ließ sich die rhythmische Belegung der Ställe zeitlich planen. Anschließend konnten große Gruppen von relativ gleichaltrigen Tiergruppen ausgeliefert werden. Eine richtige Tierfabrik mit „Fließbandproduktion“ sollte entstehen.

Doch einige Bewohner der umliegenden Dörfer hatten Bedenken gegen eine solch große Schweinemastanlage. Waren die Plothener Teiche nicht ein ökologisch hochsensibles Landschaftsschutzgebiet? Gab es hier nicht einen großen Reichtum an seltenen Pflanzen und Tieren? Und welche Auswirkungen würde die Geruchsbelästigung haben? Einzelne Bürger warnten deshalb vor schwer wiegenden Eingriffen in die Natur und schrieben Eingaben an die Behörden, um ihre Zweifel an der Umweltverträglichkeit der Schweinemastanlage anzumelden. Doch die Behörden und mit ihnen die verantwortlichen SED-Funktionäre wiegelten ab: wissenschaftliche Belege für die Bedenken gebe es nicht. Der Bau ging weiter. Schließlich sollte die gigantische Mastanlage den Sieg des Sozialismus auch in der Landwirtschaft dokumentieren.

Pünktlich zum 1. Mai 1978 nahm die „Schweinezucht und -mastanlage Neustadt an der Orla“ (SZM), so die offizielle Bezeichnung, die Produktion stufenweise auf. Die SED-Bezirkszeitung „Volkswacht“ verkündete die Bedeu-

tung der neuen Mastanlage auf der Titelseite: „Wissenschaft und Technik dienen dem Wohl des Volkes“. Die Anlage war der Versuch, unter industriellen Bedingungen Tiere zu „produzieren“. In zwölf Aufzuchtställen und 20 Mastställen wurden auf engstem Raum bis zu 185.000 Tiere in „doppelgeschossigen Käfigbatterien“ bewegungsarm gehalten. Die Tiere lagerten nicht auf Stroh, sondern standen auf Zinkrosten, damit die Gülle stets abfließen konnte.

Rund 800 Menschen arbeiteten in den Ställen. Es waren keine Bauern, sondern Veterinäringenieure, Agronomen und Mechanisatoren, die im Schichtdienst in der „Tierproduktion“ arbeiteten. Die Arbeiter wohnten zum Großteil nicht in den umliegenden Dörfern, sondern in einem neu errichteten Plattenbaugebiet am Rande von Neustadt an der Orla. Von dort wurden sie jeden Tag mit Bussen zu den Ställen gebracht. Das Verhältnis zwischen Mensch und Tier wurde durch die „industrielle Tierproduktion“ erheblich gestört. Die Massentierhaltung degradierte das Schwein zum Produkt. Tierquälerei stand in der



Ställe der Schweinemastanlage bei Neustadt an der Orla

(Foto: Herbert Howe)

Anlage auf der Tagesordnung, wie Stasi-Berichte belegen. In den Ställen wurden große Mengen von Arzneimitteln, wie zum Beispiel Antibiotika, eingesetzt, um die Schweine vor Krankheiten zu schützen, das Wachstum zu beschleunigen und die Fortpflanzung zu steuern. Mediziner hatten errechnet, wann die Medikamente in den Schweinekörpern wieder abgebaut waren, damit das Fleisch verarbeitet und in den Westen verkauft werden konnte.

Die Arbeiter in den Ställen waren täglich einem Schadstoffcocktail aus Ammoniak, Futtermittelstäuben und Formaldehyd ausgesetzt. Einige von ihnen erkrankten an chronischer Bronchitis, bekamen Allergien oder Ekzeme. Mitarbeiterinnen hatten Fehlgeburten. Systematische Untersuchungen und Ursachenforschung gab es jedoch nicht. Stattdessen wurde ein Zusammenhang zwischen den Krankheiten und der

Arbeit in den Ställen von den Verantwortlichen bestritten.

Die SZM zog rund 30 Prozent aller Schlachtschweine des Bezirkes Gera auf. Bis zu 80 Prozent der 180.000 Schweine wurden nach Westdeutschland und in andere EG-Länder exportiert. Diese Tiere standen folglich nicht für die Versorgung der DDR-Bevölkerung zur Verfügung. Obwohl dies einst ein Argument gewesen war, um der unter der Mangelwirtschaft leidenden Bevölkerung den Bau der Anlage schmackhaft zu machen. Seit 1982 erwirtschaftete die Anlage jährlich stetig steigende Gewinne. Mit über 49 Millionen Mark erzielte die Anlage 1988 den höchsten Gewinn. In den Jahren 1985 bis 1989 erreichte und überschritt der Betrieb mit jährlich 25.000 Tonnen Schweinefleisch das Produktionsziel. Nun lief die Anlage auf vollen Touren. Täglich wurden etwa 300 Tonnen Fut-



Güllesee südlich der Anlage

(Foto: Reinhard Weidner)

ter per LKW in die Mastanlage gefahren. Gleichzeitig fielen täglich 3.000 m³ Rohgülle an. Die Menge entsprach dem Kläranfall einer Großstadt wie Leipzig. Die Gülle sollte in drei Stufen aufbereitet werden. Dazu wurden südlich der Anlage acht große betonierte Speicherbecken gebaut. Insgesamt umfasste der Betrieb, einschließlich der Gülleaufbereitungsanlage, eine Gesamtfläche von

200 Hektar. Die Mastanlage verbrauchte außerdem große Mengen von Energie. Zwar wurde zunächst mit Öl geheizt, aber die gestiegenen Preise zwangen die DDR, auf heimische Rohstoffe umzustellen. Somit wurden täglich rund 110 Tonnen Rohbraunkohle für das Heizwerk geliefert. Dazu kamen noch 3.100 Kubikmeter Wasser aus einer Fernleitung.

Die Umweltkatastrophe

Doch schnell wurde deutlich, dass an entscheidenden Stellen zu wenig investiert worden war. Es gelang nicht, die riesigen Mengen an Gülle aufzubereiten. Die Kläranlagen waren restlos überfordert. Die aufbereiteten Abwässer wurden regelmäßig über Bäche in die Saale abgelassen. Immer wieder kam es zu Zwischenfällen und anschließendem Fischsterben. Gleichzeitig wurde selbst im Winter, wenn die Böden gefroren waren, die Gülle auf die Felder im Umkreis der Anlage ausgebracht. Die Böden übersäuerten hoffnungslos. Kühe, die Futter von den belasteten Feldern bekommen hatten, wiesen zu hohe Harnstoffmengen in der Milch auf. Oft konnte die Milch dann nicht weiterverarbeitet werden. Doch die Gülle bestand nicht nur aus biologischen Stoffen. Sie enthielt in großen Mengen Schwermetalle wie Kupfer, Cadmium und Zink. Da das Stalllüftungssystem über keine Abluftreinigung verfügte, entwichen täglich große Mengen von Ammoniak. Durch den Ausstoß wurden die umliegenden Wälder zerstört. Die Landschaft versteppte nach und nach. Die zulässigen Grenzwerte wurden um ein Weites überschritten. Das Landschaftsbild im

Schleizer Oberland änderte sich vollständig.

Doch die Ursache blieb offiziell geheim. Denn eines der bestgehütetsten Geheimnisse in der DDR waren die Daten und Fakten über Umweltschäden. Der Schutz der natürlichen Umwelt wurde stets den wirtschaftlichen Bedürfnissen des sozialistischen Staates untergeordnet. Was also für alle sichtbar, riechbar und spürbar wurde, wurde offiziell totgeschwiegen: das Baum- und Fischsterben, das ungenießbare Trinkwasser, den Güllegeruch und die kaputten Böden gab es nicht. Weder berichteten die Zeitungen darüber, noch wurden die Menschen gewarnt. Nirgends wurde berichtet, dass über 2.000 Hektar Wald geschädigt waren, darunter fast 800 Hektar vollständig. Natürlich waren die Verantwortlichen in der Anlage und die SED-Funktionäre über die Details sehr genau informiert. Regelmäßig berieten sie sich mit Experten. Immer wieder wurden geheime Gutachten angefertigt. Doch eine Drosselung der Produktion kam für die Verantwortlichen keinesfalls in Frage. Denn die DDR musste Devisen erwirtschaften – um jeden Preis. Für Investitionen in den Umweltschutz standen deshalb

keine Mittel zur Verfügung. Statt also die Ursachen der Umweltzerstörung zu beseitigen, sollten die Schäden retuschiert werden. Bei Aufforstungsaktionen wurde versucht, die anfälligen Fichten durch resistenteren Birken zu ersetzen – vergeblich. Inzwischen wurden auch die Brunnen, die noch auf vielen Bauernhöfen existierten, nach und nach gesperrt. Die Nitratwerte waren einfach zu hoch. Gleichzeitig erhielten junge Mütter kostenloses Trinkwasser



*Gülle überwindet alle Grenzen
(Foto: Herbert Howe)*

zur Säuglingsnahrung. Eine wichtige Vorsichtsmaßnahme, denn Nitrat verwandelt sich im Körper von Säuglingen zum Blutgift Nitrit.

Als der Unmut in der Bevölkerung seit Mitte der 80er Jahre immer stärker wurde, starteten die Verantwortlichen eine begrenzte Informationsoffensive. In den Dörfern rings um die Anlage veranstalteten sie Einwohnerversammlungen, um die Anwohner zu beruhigen. Mittels Zahlen und Fakten sollten die massiven Bedenken in der Bevölkerung ausgeräumt werden. In der lokalen Presse wurden die Veranstaltungen aber weder angekündigt, noch anschließend darüber berichtet. Keinesfalls sollte es Aufsehen geben. Doch die Bürger wollten sich nicht mehr beschwichtigen lassen. Sie warfen den Verantwortlichen Lügen und leere Versprechungen vor. Denn außer kosmetischen Veränderungen, wie Rodungen oder Wiederaufforstungen, hatten die Funktionäre nichts zu bieten.

Selbst dem Ministerium für Staatssicherheit blieben die katastrophalen Auswirkungen der Anlage und das Versagen der Verantwortlichen nicht verborgen. In einem „Sachstandsbericht“ vom Oktober 1988 heißt es: „Durch den VEB SZM Neustadt / Orla wurde im nördlichen Kreisgebiet des Kreises Schleiz das ökologische Gleichgewicht seit Inbetriebnahme 1978 gestört. [...] In Beratungen und Volksaussprachen im Zusammenhang mit der Aufnahme der Produktion wurden öffentlich nicht haltbare Versprechen zur Wasserqualität nach der letzten Klärstufe durch Volkskammerabgeordnete und andere Funktionäre z.B. aus dem Staatsapparat gegeben. [...] Das ständige Erleben der Umwelt und der Realisierungsstand der Festlegungen tragen nicht zur Beruhigung der Lage bei.“

Protest und Widerstand

Nach und nach begannen die betroffenen Anwohner nach Verbesserungen zu suchen. Doch eine Bürgerinitiative konnte in der DDR nicht einfach gegründet werden. Und eine Verwaltungsgerichtsbarkeit gab es nicht. Schutz fanden die Kritiker schließlich unter dem Dach der evangelischen Kirche. Mitte der 80er-Jahre entstanden in den Kirchgemeinden von Knau und Dittersdorf christliche Umweltkreise. Die Mitglieder wollten sich zusammen gegen die Schweinemastanlage wehren. Vorrangiges Ziel war es, ihre Kritik in die Öffentlichkeit zu tragen und an einer ökologischen Sensibilisierung der Bevölkerung mitzuwirken, um so die Missstände zu korrigieren. An der Spitze der beiden Kreise, die schnell zusammenfanden, standen die Pfarrer Reinhard Weidner und Peter Taeger. Zu ihnen gesellte sich auch ein Schäfer, der von seiner täglichen Arbeit die Veränderungen in der Landschaft sehr genau kannte. Mit einem Fotoapparat dokumentierte er immer wieder die Zerstörungen in der Natur. Die Gruppe versuchte zunächst, Umweltdaten zu ermitteln und Schäden zu dokumentieren. Dazu gaben sie unter anderem eine eigene Zeitschrift, „Die Leidplanke“, heraus. Das selbstgemachte Blatt wurde unter der Hand weiterverteilt. Gleichzeitig hielten Mitglieder der Gruppe Vorträge in der gesamten DDR. Die Umweltschützer traten auf kirchlichen Umweltseminaren und auf Kirchentagen auf. Möglichst wissenschaftlich und fundiert berichteten sie von den Ursachen und Folgen der Massentierhaltung. Dazu zeigten sie Dias, um das Ausmaß der Schäden

zu belegen. Schnell knüpften die Aktivisten Kontakte mit anderen Umweltgruppen und kamen so auch mit Oppositionsgruppen in Berührung. Nach und nach berichteten verschiedene DDR-Untergrundzeitungen über die Umweltzerstörung. Auch einige Kirchenzeitungen nahmen sich des Themas an. Schließlich berichtete sogar die westdeutsche Illustrierte „Stern“ in Wort und Bild über die Giftschwaden in Ostthüringen. In der DDR-Öffentlichkeit fanden die Umweltschützer aber kein Gehör. Ihr Engagement wurde nicht gefördert, sondern verschwiegen und bekämpft. Dabei arbeiteten SED, Staatssicherheit, Polizei und SZM-Verantwortliche Hand in Hand. Viel Freiraum blieb den Umweltschützern nicht. Als die Gruppe an die Grenzen des DDR-Regimes stieß, wurde ihr klar, dass der ökologische Konflikt vor Ort und im Land systembedingt war. Nur durch grundlegende Veränderungen im politischen System konnte die Umweltzerstörung durch die Schweinemastanlage beendet werden. Diese Erkenntnis und die Erfahrungen mit den staatlichen Organen und Funktionären führten zu einer allmählichen Politisierung. Aus der Umweltgruppe wurde eine politische Oppositionsgruppe. Die DDR schuf sich so ihre eigenen Feinde.

Die Staatssicherheit erkannte schnell die Gefahr, die von der Umweltgruppe ausging. Denn die ländliche Struktur der Gegend ließ die Aktivitäten der Gruppe schnell öffentlich werden. Es konnte beispielsweise den Einwohnern von Knau nicht verborgen bleiben, wenn sonntags zahlreiche Radfahrer den Pfarrer besuchten und gleichzei-



18. November 1989: Tausende demonstrieren gegen die Schweinemast

(Foto: Michael Kaestner)

tig die paramilitärischen Kampfgruppen im Dorf bereitstanden. Es galt zu verhindern, dass unkontrollierte, staatsunabhängige Gruppen die Initiative ergreifen und zum „Sprachrohr [...] der umweltinteressierten Einwohner“ werden, analysierte die Staatssicherheit. Die führenden Mitglieder der Gruppe und ihre Familien wurden geheimdienstlich bearbeitet: Schikanen setzten ein, Umweltgottesdienste und Umwelttage wurden behindert, Strafgeder verhängt. Einige Aktivisten hielten den Druck nicht mehr aus und verließen das Land, vor allem auch, weil die Kirche sich nicht offen vor die bedrängten Umweltschützer stellte.

Doch der Protest beschränkte sich nicht nur auf die Umweltgruppe. Vor allem im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 1989 bekamen die Funktionäre die sich rapide verschlechternde Stimmung in der Bevölkerung zu spüren. Immer wieder wurde die Umweltproblematik in den Dörfern rund um die Mastanlage angesprochen. Doch Lösungen konnten die Genossen nicht anbieten.

Im Verlauf der friedlichen Revolution im Herbst 1989 erlebten die dezi-

mierten Umweltschützer plötzlich einen gewaltigen Aufschwung. Die Gruppe verließ die schützenden Strukturen der evangelischen Kirche und wandelte sich in eine Bürgerinitiative um. Radikal forderte sie nun die schnelle Stilllegung der gesamten Schweinemastanlage. Vertreter der Initiative sprachen in Friedensgebeten und auf Demonstrationen in den umliegenden Orten. Tausende Bürger beteiligten sich an den Protesten gegen die Schweinemastanlage. Die Zeitungen und Fernsehstationen – egal ob aus Ost oder West – berichteten ausführlich über die katastrophalen Umweltbedingungen und den Kampf der Anwohner. Der Druck gegen die Anlage wuchs. Selbst am Runden Tisch in Berlin wurde über das Problem diskutiert. Doch die Verantwortlichen in der Mastanlage wehrten sich. Sie wollten die Anlage in einem geringeren Umfang weiterlaufen lassen. Deshalb folgten weitere Demonstrationen und eine Blockade. Schließlich konnte die Bürgerinitiative auf der nunmehr verbreiterten Basis ihr Ziel durchsetzen: Eine der letzten Entscheidungen der DDR-Regierung vor dem Beitritt zur Bundesrepublik

war schließlich die Stilllegung der Anlage. 1991 verließen die letzten Schweine ihre Ställe Richtung Belgien.

Für diesen letztendlich durchschlagenden Erfolg der Bürgerinitiative gibt es drei Gründe: die lokale Verankerung der Gruppe, die Fixierung auf ein einziges Ziel sowie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die durch

die friedliche Revolution geschaffen wurden. Nach dem Aus für die Mastanlage zerfiel auch die Gruppe. Das Problem, was einstmals mobilisierend und identitätsstiftend gewirkt hatte, war verschwunden. Die christliche Umweltgruppe war eine Notgemeinschaft die mit dem Ende der Not ihr Ende fand.

Die Renaturierung

Bereits im November 1990 wurde das „Ökoprojekt Pößneck“ eröffnet, dass mit den Wiederaufarbeitungsarbeiten im Umkreis der SZM begann. Schon fünf Jahre später war die Arbeit beendet: 1992 wurde die Forstbetriebsgemeinschaft Dürrbachgrund Weira/Quaschwitz gegründet. In ihr schlossen sich private Waldbesitzer zusammen. Etwa vier Millionen Euro Fördermittel investierten die Landesregierung und die Europäische Union in den folgenden Jahren in dem Waldgebiet. 500 Hektar Totalschadfläche, 100 Hektar mittelgeschädigter und ungefähr 1.000 Hektar leicht geschädigter Wald wurden aufgeforstet und bepflanzt. Gleichzeitig wurden die Güllebecken geleert und gesäubert. Im Januar 2001 wurde die über 1.000 Hektar große Teichlandschaft „Dreba-Plöthen“ unter Naturschutz gestellt. Nach Angaben des Landesverwaltungsamtes bietet das Gebiet einer Vielzahl zum

Teil gefährdeter Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum. Die Natur hat sich ihren Lebensraum zurückerobert.

Doch was nach der Schließung auf dem Gelände der ehemaligen Schweinemastanlage passieren sollte, war lange Zeit unklar. Zwischenzeitlich war der Bau einer Kläranlage und einer Müllverbrennungsanlage im Gespräch. Letztendlich wurde das 65 Hektar große Gelände nach längeren Verhandlungen und Vertragsprüfungen 1992 für rund 3,5 Millionen Mark an einen bayerischen Bauunternehmer verkauft. Er siedelte auf dem Gelände kleinere Firmen an. Ein Gewerbegebiet entstand. Die Schweinemastanlage selbst wurde zwischenzeitlich von rund 180 ehemaligen Beschäftigten demontiert. Die Arbeiter kümmerten sich auch um die Beseitigung der Altlasten. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wurde vom Arbeitsamt finanziert.

Literatur:

Jan Schönfelder: Mit Gott gegen Gülle. Die Umweltgruppe Knau/Dittersdorf 1986 bis 1991. Eine regionale Protestbewegung in der DDR. Rudolstadt und Jena 2000.

Herausgeber:
Landeszentrale für politische Bildung
THÜRINGEN
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lzt.thueringen.de
Autor: Jan Schönfelder
Druck: Druckerei Sömmerda GmbH
2006 (64)